

Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten **Peters SPD**
vom 01.09.1999

Vergabe-Verstöße bei Planung Donauausbau Straubing-Vilshofen

Ich frage die Staatsregierung:

1. Warum wurden nicht alle Fragen der schriftlichen Anfrage vom 29.4.1999 (Nr. 14/1666) beantwortet? (So wird z.B. auf die unter Nr. 2 gestellten Fragen nach konkreten Leistungen nicht eingegangen, bei Frage Nr. 3 wird lediglich festgestellt, daß der „Auftraggeber bei der Auswahl der Kriterien ... grundsätzlich frei“ sei, ohne sie zu nennen, bei Frage Nr. 4 verstärkt die Antwort diesen Verdacht, daß weder ein umiverstndlicher und verbindlicher Leistungskatalog als Grundlage für das Einholen von Angeboten existierte noch optimale Ergebnisse angestrebt wurden, da auf den Leistungskatalog nicht eingegangen wird, ebenso bei der Festlegung auf eine Software in der Antwort auf Frage Nr. 6.)
2. Wie sieht die Staatsregierung die Tatsache, daß den Bieter keine Gründe für die Ablehnung von Angeboten genannt wurden, obwohl das Bundeskartellamt in einer Rechtslagebeurteilung vom 16.08.1999 feststellt, daß es „von zentraler Bedeutung ist, daß die nicht berücksichtigten Bieter rechtzeitig vor Zuschlagerteilung von ihrer Nichtberücksichtigung, von den Gründen dafür und vom Namen des erfolgreichen Bieters erfahren“?
3. Wie beurteilt die Staatsregierung die Tatsache, daß durch die Festlegung auf die Software ARC/Info gegen den Grundsatz der Gleichbehandlung der Anbieter nach § 8 VOL/A Ziffer 3 und 4 (technische Merkmale, Markennamen) verstoßen wird?
4. Wie stellte die Staatsregierung sicher, daß die Verhandlungsverfahren gemäß § 5 VOF Abs. 1 (Gespräche mit Bewerbern über Fragen zum Leistungskatalog) geführt werden, nachdem die RMD dies bisher abgelehnt hat?
5. Wie erklärt sich die Staatsregierung den Widerspruch zu § 16 VOL/A, nachdem ein Ausschreibungstermin erst dann festgelegt werden soll, wenn alle Verdingungsunterlagen fertiggestellt sind, die RMD aber noch über keinen Leistungskatalog verfügte?
6. Wie steht die Staatsregierung zu der Aussage der RMD, daß es zwar noch keine Auswahlkriterienliste gäbe, gleichwohl aber eine Vergabeentscheidung ausgesprochen wurde?

7. Wie wollte die Staatsregierung den gebotenen Ausschreibungszweck nach § 16 VOL/A Ziffer 2 sicherstellen, wenn schon der Verffentlichungstitel („D-Unterföhring: Bewertung und Bilanzierung von Planungsvarianten“) weder das Projekt Donauausbau noch einen stimmigen Ortsbezug („Unterföhring“ ist irreführend) nennt.
8. Wären für die Staatsregierung offensichtlich gravierende Verstöße gegen die Vergabebestimmungen und die gegen den erfolgreichen Bieter vorgebrachte fachliche Kritik von Seiten der Naturschutzbehörden auf Bundes- und Landesebene, der Naturschutzbeirte auf Kreis-, Bezirks- und Ministeriumsebene, der Naturschutzverbände sowie der betroffenen Gemeinden und Bürgerinitiativen vor Ort Gründe, die Ausschreibung aufzuheben, die Auftragserteilung zurückzunehmen und das Ausschreibungsverfahren neu durchzuführen?

Antwort

des Staatsministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Technologie
vom 21.10.1999

Vorbemerkung:

Die Anfrage betrifft die europaweite Ausschreibung eines Auftrags zur Bewertung der Planungsvarianten zum Donauausbau, die die Rhein-Main-Donau AG im Auftrag und für Rechnung des Bundes nach der Verdingungsordnung für Freiberuflische Leistungen (VOF) im dort vorgeschriebenen Verhandlungsverfahren durchgeführt hat. Es handelt sich also bei dem Ausschreibungsverfahren sowie bei seiner Überprüfung um eine Bundesangelegenheit. Für die im Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) vorgesehene Nachprüfung der Vergabeentscheidung ist die Vergabekammer des Bundes zuständig, die beim Bundeskartellamt eingerichtet ist. Sie überprüft auf Antrag eines Bewerbers oder Bieters, ob die maßgeblichen Vergabebestimmungen eingehalten wurden und ob der Antragsteller durch einen Verstoß gegen die Vergabevorschriften in seinen Rechten verletzt ist. Stellt die Vergabekammer eine solche Rechtsverletzung fest, so trifft sie die erforderlichen Maßnahmen, um die Rechtsverletzung zu beseitigen und eine Schädigung der betroffenen Interessen zu verhindern. Allerdings kann sie einen bereits erteilten Zuschlag nicht rückgängig machen; in diesem Fall beschränkt sich ihre Kompetenz darauf, die Verletzung eines Bieterrechts festzustellen.

Die Durchführung des Nachprüfungsverfahrens ist kostenpflichtig (§ 128 GWB). Ein Bewerber, der im vorliegenden Vergabeverfahren nicht zur Abgabe eines Angebots aufgefordert worden ist, hat zwar bei der zuständigen Vergabekammer des Bundes eine Nachprüfung eingeleitet, seinen Antrag aber wegen der Kostenpflicht nicht weiterverfolgt.

Zu 1.:

Die in der schriftlichen Anfrage vom 29.4.1999 gestellten Fragen wurden unter Berücksichtigung der Bundeszuständigkeit beantwortet. Im übrigen richtete sich z.B. die Frage Nr. 2 darauf, wie in der Ausschreibung Termine festgelegt werden können, wenn Angaben hinsichtlich konkreter Leistungen und deren Umfang fehlten. Nach der Fragestellung war also nicht auf die konkreten Leistungen einzugehen. Entsprechendes gilt für die weiteren in der vorliegenden Anfrage genannten Beispiele.

Zu 2.:

Nach § 17 Abs. 1 VOF hat der Auftraggeber über jeden vergebenen Auftrag eine Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften nach einem vorgegebenen Muster zu veröffentlichen. Gründe für die Auftragsvergabe sind nach diesem Muster nicht anzugeben.

Darüber hinaus hat der Auftraggeber nach § 17 Abs. 4 VOF die bei der Vergabe eines Auftrags nicht berücksichtigten Bewerber, die dies schriftlich beantragen, zu informieren; dabei sind die Gründe für die Ablehnung ihrer Bewerbung sowie der Name des erfolgreichen Bewerbers mitzuteilen. Ob Rechtsverstöße vorliegen, ist in dem o.g. Nachprüfungsverfahren zu prüfen. Die erwähnte „Rechtslagebeurteilung“ des Bundeskartellamts betrifft eine andere Problematik.

Zu 3.:

Die Gründe der Rhein-Main-Donau AG für die Vorgaben zur GIS-Bearbeitung sind bereits in der Antwort zur schriftlichen Anfrage vom 29.4.1999 ausgeführt.

Zu 4.:

Da es sich bei dem Vergabeverfahren um eine Bundesangelegenheit handelt, obliegt die Aufsicht dem Bund. Im übrigen ist das Verfahren durch die Erteilung des Auftrags am 9.7.1999 abgeschlossen, wie sich aus der Bekanntmachung des Auftraggebers vom 10.8.1999 im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften ergibt.

Zu 5.:

Die Ausschreibung wurde nach § 5 VOF im Verhandlungsverfahren durchgeführt, in dem die Auftragsbedingungen auszuhandeln sind.

Zu 6.:

In der o.g. Bekanntmachung vom 10.8.1999 hat die Rhein-Main-Donau AG die der Auftragsentscheidung zugrundeliegenden Kriterien genannt („das insgesamt annehmbarste Angebot“).

Zu 7.:

In Ziffer 2 der Vergabebekanntmachung vom 22.1.1999 wird die zu vergebende Dienstleistung u.a. wie folgt beschrieben: „Durchführung der Bilanzierungen der Eingriffe verschiedener Planungsvarianten für einen möglichen Donauausbau zwischen Straubing und Vilshofen“. Ein „Veröffentlichungstitel“ ist nach dem vorgeschriebenen Bekanntmachungsmuster vom Auftraggeber nicht aufzunehmen.

Zu 8.:

Eine Aufhebung der Ausschreibung und eine Rücknahme des Auftrags sind dem Bund nicht möglich, da mit dem Zuschlag ein wirksamer Vertrag zustande gekommen ist.